

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Bezugspreis monatlich 90 Pfg., durch die
Post vierteljährlich 2.70 Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Muringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellheim, Diedenbergen,
Erbenheim, Hefloch, Kloppeheim, Massenheim, Medenbach,
Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige
Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg. Reklamen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen
— in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Köderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 140

Dienstag, den 2. Dezember 1919.

19. Jahrgang.

Die neuen Steuergesetze.

Die Reichsregierung wird der Nationalversammlung demnächst die bereits seit langem angekündigten drei Steuergesetzentwürfe über die Reichseinkommensteuer, die Kapitalertragssteuer und die Landesbesteuerung unterbreiten. Die „Frankfurter Zeitung“ ist bereits schon jetzt in der Lage, die Grundzüge der neuen Gesetze zu veröffentlichen.

Zu dem Gesetzentwurf über die
Reichseinkommensteuer

wird, der „Frankfurter Zeitung“ zufolge, im einzelnen das festgelegt, was als steuerbares Einkommen zu gelten hat. Die steuerfreie Grenze beträgt 1000 Mark. Der steuerfreie Einkommensteil erhöht sich für die erste zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Person um 500 Mark, für jede weitere um 400 Mark. Der Steuertarif selbst besagt: Die Einkommen:

für die ersten angefangenen oder vollen 1000 Mark des steuerpflichtigen Einkommens	10 v. H.
für die nächsten 1000 Mark des steuerpflichtigen Einkommens	12 v. H.
für die nächsten 1000 Mark des steuerpflichtigen Einkommens	13 v. H.
für die nächsten 1000 Mark des steuerpflichtigen Einkommens	14 v. H.
(u. s. w. bis 24 v. H.)	
für die nächsten angefangenen oder vollen 2000 Mark	25 v. H.
(u. s. w. bis 29 v. H.)	
für die nächsten angefangenen oder vollen 3000 Mark	30 v. H.
(u. s. w. bis 34 v. H.)	
für die nächsten angefangenen oder vollen 5000 Mark	35 v. H.
(u. s. w. bis 44 v. H.)	
für die nächsten angefangenen oder vollen 10 000 Mark	45 v. H.
(u. s. w. bis 49 v. H.)	
für die nächsten angefangenen oder vollen 20 000 Mark	50 v. H.
(u. s. w. bis 52 v. H.)	
für die nächsten angefangenen oder vollen 30 000 Mark	53 v. H.
für die nächsten angefangenen oder vollen 30 000 Mark	54 v. H.
für die nächsten angefangenen oder vollen 40 000 Mark	55 v. H.
für die nächsten angefangenen oder vollen 50 000 Mark	56 v. H.
(u. s. w. bis 59 v. H.)	
für die weiteren Beträge	60 v. H.

Die Kapitalertragssteuer.

In dem Kapitalertragssteuergesetz wird bestimmt, daß von den Erträgen aus Kapitalvermögen eine besondere sogenannte Kapitalertragssteuer erhoben wird. Als Kapitalerträge gelten alle Erträge ohne Rücksicht darauf, ob sie in einem land- oder forstwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebe oder außerhalb eines solchen entfallen.

Die Steuer wird erhoben von Dividenden, Zinsen, Ausschüttungen und sonstigen Gewinnen, welche auf Aktien, Genusscheine sowie auf Anteile an Kolonialgesellschaften, an Bergbau treibenden Vereinigungen, an Gesellschaften mit beschränkter Haftung entfallen. Ferner gehören dazu: Zinsen von Anleihen, die in öffentlichen Schuldbüchern eingetragen oder über die Teilschuldverschreibungen ausgegeben sind, Zinsen und Renten von Hypotheken, Grund- oder Rentenschulden, vererbliche Rentenbezüge, Zinsen aus Darlehen, aus Einlagen bei Sparkassen, Bank- und anderen Kreditanstalten. Auch Diskontobeträge von Wechseln und Anweisungen einschließlich der Schatzwechsel gehören hierher.

Von der Steuer befreit sind insbesondere die Kapitalerträge, die Unternehmen zufließen, welche der Anschaffung und Darlehnung von Geld dienen. Die Steuer beträgt in einigen Fällen 10, in anderen 20 vom Hundert des Ertrages. Ihre Hinterziehung wird mit Geldstrafe, wahlweise auch mit Gefängnis bedroht.

Das Landesbesteuerungsgesetz.

Das dritte Gesetz, das im Reichsfinanzministerium fertiggestellt ist, regelt die Steuerordnungen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände. Grundsätzlich wird darin bestimmt, daß die Finanzverwaltung von Steuerabgaben durch Reichsaufsicht die Erhebung

gleichartiger Steuern durch die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ausschließt, wenn nicht reichs- gesetzlich ein anderes vorgeschrieben ist. Die Erhebung von Zuschlägen zu Reichsteuern ist den Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden nur auf Grund reichsgesetzlicher Ermächtigung gestattet. Die Länder erhalten einen Anteil vom Ertrage der Reichseinkommensteuer, mit Ausschluß der Kapitalertragssteuer, die dem Reich unverkürzt verbleibt.

Die Länder sind verpflichtet, an ihren Anteilen die Gemeinden unter besonders aufgestellten Grund- sätzen zu beteiligen. Von dem Aufkommen aus dem

Erbschaftsteuergesetz erhalten die Länder 20 Prozent, an der Grunderwerbssteuer sind die Länder mit 50 Prozent beteiligt. Von dem Aufkommen aus der Um- sätzesteuer fallen den Ländern 10 Prozent zu. Die Gemeinden haben das Recht, eine Steuer vom demsel- ben Mindesteinkommen zu erheben, das von der Reichseinkommensteuer nicht erfaßt wird. Auch an der Grunderwerbssteuer und an der Umsätzesteuer sind die Gemeinden beteiligt.

Die Steuergesetzentwürfe haben die Zustimmung des Reichsrates noch nicht erhalten. Es besteht die Möglichkeit, daß die Vorlagen auf Grund der Be- schlüsse des Reichsrates an einzelnen Punkten Ab- änderungen erfahren.

Seltige Kämpfe im Baltikum.

Die deutschen Truppen von der Rückkehr nach Deutschland abgeschnitten.

Nach Meldungen von zuverlässiger Seite ist den deutschen Truppen jede Möglichkeit zur Rückkehr nach Deutschland abgeschnitten. Die Bahnhöfe scheinen bereits sämtlich in dem Besitz der Letten und Litauer zu sein. Es ist fraglich, ob es der immerhin noch ansehnlichen deutschen Truppenmacht gelingen wird, sich zu halten und nach Ostpreußen durchzuschlagen. Litauen ist vermutlich geräumt. Beiderseits Litauen haben sich letzte Angriffe gegen die deutschen Trup- pen entwickelt. Die Bahn Litauen-Murajewo ist west- lich von den Letten unterbrochen. Der deutsche Pan- zerzug, der zum Schutze der Militärreisenden in der Gegend geblieben war, ist entgleist und verbrannt. Die Freikorps, die westlich aufstanden, sind vom Westen und Süden her stark von Letten und Li- tauern angegriffen worden. In diesem Angriff haben die Letten die kurländische Division verwendet, die von der Polischewitschfront herangezogen worden ist. Bei Meschke an der Strecke Radziwiłłski-Laugiszar- gen wurde der Eisenbahnzug Vermonds von den Li- tauern erfolglos angegriffen.

In der Gegend von Radziwiłłski wird er- bittert gekämpft, und zwar stehen hier Teile deutscher Truppen unter Führung von Hauptmann Brandis im Kampf mit den Litauern. Tauraggen ist von regulären litauischen Truppen besetzt wor- den. Die Letten haben weiterhin in der Richtung Prekule angegriffen. Die Bahn Prekule-Majohren ist außer Betrieb. General v. Eberhardt befindet sich in Schaulen. Die Entente-Kommission hat sich nach Tauraggen begeben.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 22. November 1919. —

Der Reichskommissar für Schlesien, Göring, trat von seinem Amt zurück, weil die Regierung seinen Antrag, den Belagerungszustand in Schlesien auszuheben, abge- lehnt hat. Göring wurde vom Minister seine er- sucht, vorläufig noch im Amt zu bleiben.

Als zur endgültigen Reuewahl des Vorsitzenden wird der stellvertretende Vorsitzende, Geheimrat Trimborn, den Vorsitz in der Zentralkommission der Nationalversamm- lung führen.

Der Parteivorstand der Unabhängigen hat be- schlossen, den schon zweimal ver- worfene Parteitag für den 30. November, also für den nächsten Sonntag, nach Leipzig zu berufen.

In einem Stuttgarter Hotel, in dem die sich dort aufhaltenden Ententeoffiziere wohnen, lehrten einige Studenten in Couleur ein. Die Offiziere forderten die Stu- denten auf, das Hotel zu verlassen. Um Zusammenstöße zu vermeiden, wurde dem Verlangen der Offiziere Rechnung getragen.

— Gegen den Kreisfiskusinspektor Hindrichs, der sich von den Franzosen in Höchst als Landrat hat einsetzen lassen, ist ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienst- entlassung eingeleitet worden.

Durch neue Verfügung des französischen Minister- präsidenten und des Friedensministers ist der Generalleut- nant Wirbel als Oberster Militärverwalter des Saar- gebietes ernannt worden. Er ist der Nachfolger des Ge- neralmajors Andlauer, der ein Jahr lang die obersten Mi- litärgehefte führte.

Der Räumungstermin für die Elbmark. Nach den Informationen der Bromberger „Ostdeutschen Rundschau“ rechnet man im Berliner Auswärtigen Amt frühestens mit dem 10. Dezember als Tag des An- krafttretens des Friedens, so daß dann Thorn am 18. Dezember und Bromberg am 21. Dezember über- geben werden dürften. Ob man aber die Räumung der abzutretenden Gebiete gerade in die Weihnachtstage legen wird, ist einigermaßen fraglich. Möglicherweise wird daher die Räumung erst nach Neujahr erfolgen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in das Stöcken geraten. Halbamtlich wird gemeldet: Die deutsch-polnischen Verhandlungen haben nach der Her- stellung von Abkommen über die Räumung der ab- zutretenden Gebiete in militärischer und adminis- trativer Hinsicht sowie über die vorläufigen Verhält- nisse der deutschen Beamenschaft und der wirtschaft- lichen Beziehungen einen gewissen Abschluß er- reicht. Ueber eine Reihe von Fragen ist ausführlich verhandelt, jedoch noch kein Ergebnis erzielt wor- den, das zum Gegenstande eines Staatsvertrages ge- macht werden könnte. Namentlich hat sich gezeigt, daß über die Auslegung des Friedensvertrages ver- schiedene Anschauungen auf deutscher und polnischer Seite bestehen, so z. B. über die Begriffe des Staats- eigentums, über die Behandlung der Optanten und über die Liquidationsrechte. Da die Auslegung des Friedensvertrages die Auseinandersetzung mit den maß- gebenden Pariser Stellen voraussetzt, und sich augen- blicklich mehrere deutsche Delegierte in Paris befin- den, werden sich auch Mitglieder der polnischen Dele- gation, namentlich der Jugur, der unterpolnischen- rät o. Brodowski, in den nächsten Tagen nach Paris begeben um dort die deutsch-polnischen Verhand- lungen weiterzuführen. In Berlin wird u. a. der inter- natsjettretar Seida zurückbleiben, um noch über ein- zelne Fragen, die mit der Auslegung des Friedens- vertrages nichts zu tun haben, z. B. das definitive Beamtenabkommen, zu verhandeln.

Zur Hebung unserer Valuta. Im Reichswirt- schaftsministerium haben in der letzten Zeit Bespre- chungen stattgefunden über Maßnahmen zur Hebung unserer Valuta. Das Ergebnis dieser Besprechungen zeigte sich in einer gewissen Geneigtheit der maßge- benden Stellen, zu dem Mittel von Ausfuhrzöl- len zu greifen. Der Hauptverband der deutschen Industrie, der sämtliche maßgebenden Organisationen unserer Industrie umfaßt, hat in Berlin verammelt, um die gleiche Angelegenheit zu beraten. Das Er- gebnis dieser Beratungen ist von großer Bedeutung für unser gesamtes Wirtschaftsleben. Die diesem Haupt- verband angeschlossenen Industrien haben sich sämtlich bereit erklärt, im Wege der Selbstverwaltung die Ein- und Ausfuhr zu kontingentieren, um dadurch den Stand unserer Valuta zu bessern, die planlosen Ein- käufe im Auslande zu verhindern und dem Verschleu- dern deutscher Waren nach dem Auslande vorzubeugen.

Minister Schiffer über die Beamten. Der Ber- liner Korrespondent des „Daily Telegraph“ hatte mit dem Reichsjustizminister Schiffer eine Unterredung über die Befreiung vieler Staatsbeamten. Der Mi- nister wies auf die Schwierigkeiten hin, die durch die Revolution entstanden sind, und auf die Tatsache, daß die besten Kräfte während des Krieges an der Front gewesen seien und man den psychologischen Einfluß des Krieges auf die Moral nicht außer acht lassen dürfe. Er fand weiter eine Entschuldi- gung für die Beamten darin, daß sie ungenü- gend bezahlt wurden, wenn man die hohen Le- bensmittelpreise in Betracht zieht. Es sei auch an- erkennenswert, daß so viele von den Beamten unter einer ihnen doch gewissermaßen verhassten Re- gierung weiter dienten; ohne ihre Hilfe wäre die deutsche Organisation zusammengebrochen. Auf die

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Mündelichere Vermögensanlage

Im ungünstigsten Fall in 20 Jahren verdoppeltes Kapital!

Frage, welche Maßnahmen für die Verbesserung des Beamtenstandes geplant seien, wies der Minister auf die Vorbereitungen zur Einsetzung von Kommissionen, und Notgerichtsöfen hin, die für Untreue und Verschwendung schwere Strafen vorsehen. Die Strafverfolgung soll nach englischem Muster in Tätigkeit treten. In diesem Zusammenhang ist die Absendung eines Studienaufschusses nach London geplant, der dort das Gefängniswesen, die Polizei und das Gerichtswesen kennen lernen soll.

Hindenburg und Ludendorff auf der Auslieferungsschiffe. Das Londoner Sensationsblatt „Daily Mail“ bringt die bis jetzt unbestätigte Nachricht, daß sowohl Hindenburg wie auch Ludendorff auf der Liste der Offiziere stehen, die ausgeliefert werden sollen, und zwar nicht nur wegen der grausamen Verwüstungen in Frankreich, sondern auch wegen ihrer Teilnahme an der Durchführung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges und aller seiner Folgen. — Nach englischen Blättermeldungen besteht England auf dem Kaiserprozeß. Der englische Generalsstaatsanwalt lege seine Vorbereitungen zu dem Prozeß in London angesetzt und eifrig fort. „Daily Telegraph“ sagt: Bisher sind gegen die praktische Möglichkeit eines Kaiserprozesses Zweifel geäußert worden. Die alliierten Juristen haben betont, daß es tatsächlich kein Gesetz gebe, nach dem der Kaiser abgeurteilt werden könnte. Ihnen ist jetzt geantwortet worden, daß der Friedensvertrag selbst das Gesetz schaffe, das bisher fehlte. Es ist die feste Überzeugung der britischen Regierung, daß der Friedensvertrag in seinem Umfange unberührt bleiben müsse und daß kein neuer Meinungsaustrausch über die Frage der Kaiserverfolgung erlaßt sei.

Beginn der neuen Pariser Verhandlungen. Am Dienstag wird die erste Zusammenkunft mit der deutschen Delegation stattfinden, die mit der Unterzeichnung des Protokolls betreffend die Nichterfüllung des Waffenstillstandsabkommens beauftragt ist. Es werden ihr Direktor Simon und Freiherr v. Lersner angehören. Es wird die Prüfung des Abkommens vorgenommen werden, das hinsichtlich des Inkrafttretens des Friedensvertrages zu treffen ist, hauptsächlich über militärische Fragen, über die Räumung von Gebieten durch die Deutschen, die Besetzung derselben durch die Alliierten, den Transport alliierter Truppen, die Übernahme der Macht in den von Alliierten zu übergebenden oder einem Plebiszit unterstellten Gebieten und die Bildung der Grenzfestsetzungskommission.

Demokratische Entschließung gegen den Untersuchungsaufruf. Der Wahlvorstand der Deutschdemokratischen Partei in Bayern hat eine Entschließung gefaßt, in der gesagt wird, die bisherigen Verhandlungen des Untersuchungsaufrufes hätten wohl die Erkenntnis gezeigt, daß die volle Wahrheit nicht

nur eine einseitig geführte Untersuchung eines Volkes allein gefunden werden kann. Der Wahlvorstand fordert deshalb, die Nationalversammlung möge erklären, daß nur ein unparteilicher Völkergerichtshof, dem alle Archive offenstehen, zur Ermittlung der vollen Wahrheit gelangen kann, und daß eine nur einseitig vom deutschen Volke geführte Untersuchung als ausfallslos bis zur Einrichtung einer allgemeinen Völkeruntersuchung zurückzustellen sei. Die deutschdemokratische Fraktion in der Nationalversammlung möge deshalb ihre in den Ausschuss entsandenen Mitglieder zurückrufen. Sollte wider Erwarten die Nationalversammlung durch Mehrheitsbeschluß das Weiterbestehen des Ausschusses erzwingen, so wäre unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß der Fehler einer einseitigen Zusammenfassung des Ausschusses nicht wiederholt wird und daß Garantien geschaffen werden gegen ein unzuverlässiges Ermittlungsverfahren.

Verhaftung der badischen Notenbank. Der Vorstand des badischen Städtetages hat zu einer Eingabe der Badischen Bank dahin Stellung genommen, daß die Verhaftung der badischen Notenbank im dringenden Interesse der badischen Städte liege. Der Vorstand tritt daher dafür ein, daß die Befugnis zur Ausgabe von Noten der Badischen Bank erhalten bleibe.

Rundschau im Auslande.

Am 1. Dezember tritt in Brüssel eine Konferenz zusammen. Die für den Völkerverbund tätig sein wird und auf der neben den Alliierten und Assoziierten auch die Neutralen vertreten sein werden.

Die Garnisonen in Wülhausen i. M., Straßburg und Metz sind durch schwarze Kolonialtruppen verstärkt worden, weil man Unruhen der Arbeiterschaft befürchtet.

Zwischen der englischen und der dänischen Regierung schweben Verhandlungen, die darauf abzielen, während des Winters Kopenhagen zur englischen Flottenbasis für die Operationen in der Ostsee zu machen.

Bei den Kammerwahlen in Italien wurden 171 Liberale, 161 Sozialisten, 97 Katholiken, 11 Republikaner, 9 Anhänger Giolittis, 8 Kriegsteilnehmer, 3 unabhängige Sozialisten und 2 Nationalisten gewählt.

Wie die „Chicago Tribune“ meldet, wurde der russische Vorkämpfer in Washington, Martens, wegen bolschewistischer Propaganda verhaftet. Mit ihm wurden noch hundert Mitglieder der kommunistischen Partei festgenommen.

Wegen der Unruhen in Alexandria ist in Ägypten der Belagerungszustand verhängt worden.

Oesterreich: Das Sterben Wiens.

Staatskanzler Dr. Renner gab in der Nationalversammlung ein erschütterndes Bild von der Notlage Deutsch-Oesterreichs und insbesondere der Stadt Wien. Welt mehr noch als die drückenden Bestimmungen des Friedensvertrages von St. Germain habe das Verhalten der Entente seit Abschluß des Friedens die Existenzbedingungen der Republik bis zum Zusammenbruch geschädigt. U. a. sagte der Staatskanzler: Wir haben vor uns eine Stadt, in der das Straßenbahnnetz und die Beleuchtung von Tag zu Tag still zu stehen drohen. Hinzu kommt das Gefühl der Unsicherheit, den niemand weiß, wann dieser Zustand ein Ende nehmen soll und wie dieser Winter des Entsetzens von den Millionen Einwohnern dieser Stadt überlebt werden kann. In der Stadt und Industriellen Steiermarks kann schon seit Tagen kein Brot ausgegeben werden. Krol und Salzburg sind ohne genügende Vorräte. Die Kohlenversorgung vermag nicht zu halten. Wir sehen die immer mehr wachsende Zahl der Leiden und ananische, wir sehen das entmenschenhafte

Verdauern eines ganzen Winternummers mit an. In dieser Lage hat die Regierung das Gewissen unserer Nachbarn, das Gewissen der ganzen Welt nachgerufen. Zur Binderung der größten Not ist dieser Tage ein aus 19 Waggons bestehender Lebensmittelaus aus Holland in Wien eingetroffen. Es handelt sich um eine große Lebensmittelspende Hollands für bedürftige Kinder und Spitalranke. Auch in dieser Woche bleibt es bei der Mäßigung der Brotration. Den zum normalen Bezuge Berechtigten werden wiederum nur fünf Achtel Laib Brot, den Schwerarbeitern ein Drittel Laib Brot, der Laib Brot zu 1260 Gramm, verabfolgt. Die Mehlration beträgt ein Viertel Kilo Mehl und als Zuluße ein Viertel Kilo grüne Erbsen für die Woche. — In der Lebensmittelversorgung ist insoweit eine kleine Entspannung eingetreten, als die Entente nunmehr die Bewilligung zum Ankauf der in Aussicht stehenden 30 000 Tonnen italienischen Getreides durch die deutsch-österreichische Regierung gegeben hat.

Frankreich: Clemenceau Präsident der Republik.

Die neue französische Kammer wird am 8. Dezember zusammentreten. Da der Eintritt der eilfährigen Abgeordneten in die Kammer besonders gefeiert werden soll, so dürfte sich dieser Akt sofort an die Rede des Alterspräsidenten anschließen, dem einer der neuen eilfährigen Abgeordneten antworten wird. Unzweifelhaft wird Clemenceau dann eine Erklärung folgen lassen, und schon deshalb ist es ausgeschlossen, daß er vor diesem Datum die Regierung niederlegt. Im übrigen wird in der gemäßigten Provinz bereits offen dafür Stimmung gemacht, daß Kammer und Senat, die Anfang Februar zur Wahl des künftigen Präsidenten der Republik zusammentreten werden, Clemenceau zum Nachfolger Poincarés wählen sollen. Einerlei, ob er selbst seine Kandidatur aufstelle oder nicht. Auf diese Weise würde Clemenceau noch 10 Wochen an der Spitze der Regierung bleiben, um sodann als Präsident der Republik Herrn Millerand zum Ministerpräsidenten zu ernennen.

England: Eintritt des Friedenszustandes auch ohne Amerika.

Im englischen Unterhause antwortete Bonar Law auf eine Anfrage wegen der Wirkung des Vorgehens des amerikanischen Senats: Der Umstand, daß der amerikanische Vertreter in Paris außer Stande sein wird, die Ratifikation des Friedensvertrages durch den Präsidenten zur selben Zeit niederzulegen, wie die Vertreter der anderen Mächte, wird die Regierungen der übrigen Alliierten und Assoziierten nicht davon abhalten, den Friedensvertrag in Kraft zu setzen. Robert Cecil fragte, ob das Datum der Ratifikation abgeändert würde. Bonar Law antwortete, das hänge davon ab, ob man den Eindruck erhalte, daß bei dem Wiedereintritt des Senats im Dezember die Möglichkeit einer Verrückung dieser Aussichts bestehe. — Demnach scheint der Termin der Inkraftsetzung des Friedens, wofür der 1. Dezember in Aussicht genommen war, noch nicht festzustehen.

Russland: Bolschewistische Friedensgarantien.

Im Zusammenhang mit der Konferenz in Dordrecht äußert der estländische Vertreter in London, der Völkermächte Räterusslands, Litwinow, habe den Vertretern der Presse mitgeteilt, daß die bolschewistische Regierung bereit sei, ihre Flotte im finnischen Meerbusen auszuliefern als Bürgschaft für den Frieden und eine neutrale Zone zwischen Russland und den Grenzstaaten zu bilden. — Nach Abschluß der bisherigen Verhandlungen über den Geseftausch beriet die bolschewistische Konferenz die Vorbereitungen zu einer neuen Konferenz, die die Friedensfrage mit der Sowjetrepublik besprechen soll.

Die Nationalversammlung.

— Berlin, 22. November.

An Stelle des Abg. Volz (Ztr.), der sein Amt Schriftführer niedergelegt hat, wird Abg. Raden (Z.) gewählt.

Die Reichsabgabenordnung.

Das Haus tritt in die zweite Beratung des Entwurfes einer Reichsabgabenordnung ein, der 450 Paragraphen umfaßt. Bei den einleitenden Vorschriften (§ 1 bis 7) findet eine allgemeine Aussprache statt.

Abg. Schneider-Franken (Ztr.) berichtet kurz über die Arbeit des Ausschusses.

Abg. Rohmann (Dem.): Die Bedeutung dieses Gesetzes ist größer, als seine Ueberschrift vermuten läßt. Im Interesse der Reichsfinanzen muß die Vorlage möglichst bald verabschiedet werden. Die Reichseinkommen wird durch das Gesetz gefördert. Das Reich kann jetzt sein Steuerwesen stark über den Kopf der Länder hinweg ordnen. Die Steuerreform wird man nicht durch drakonische Strafen, sondern nur durch gerechte Veranlagung haben. Keinem Strafrecht der Welt ist es möglich den Verfall aufzuhalten. Das allgemeine Bewußtsein ist auch das Steuergewissen. Daher wird man nicht durch drakonische Strafen, sondern nur durch gerechte Veranlagung in die Steuermoral heben.

Abg. Burtage (Ztr.): Der Gesetzentwurf soll uns die Garantie dafür geben, daß wir bei den erlebten und noch zu erlebenden Steuergesetzen keine Enttäuschungen erleben. Im Interesse der Steuergerechtigkeit müssen Büros, die zur Umgehung der Steuerzahlung Anleitung geben wollen, beseitigt werden. Wir sind mit dem Entwurf im Wesentlichen einverstanden.

Abg. Simon-Schwaben (Sog.): Der Beweis, daß das Gesetz notwendig ist, ist erbracht. Es erscheint geboten, dem Reiche die Finanzverwaltung in die Hand zu geben, da für Einheitlichkeit in der Steuerbefreiung und Verwaltung gesorgt werden muß. Es wird daher unser Bestreben sein, den großen Besitz nach Gebühr heranzuziehen.

Abg. Dr. Düringer (Dnat.): Die Vorlage geht vielfach über die Bestimmungen der Verfassung hinweg. (Hört! Hört!) Ein gewisser Widerstand, den die Vorlage im Reichsrat gefunden hatte, ist überwunden worden. Durch die Reichsabgabenordnung wird den Einzelstaaten das finanzielle Rückgrat gebrochen. Große Kreise des deutschen Volkes glauben, dem Reichsfinanzminister ihr Vertrauen nicht schenken zu können, weil er bei den verschiedensten Gelegenheiten, wo er im Interesse des Reiches tätig war, keine glückliche Hand bewiesen hat, sich auch nicht auf einen Erfolg berufen kann. (Sehr richtig!)

Reichsfinanzminister Erzberger: Glauben Sie (nach rechts) nicht, daß ich mir wegen Ihrer Angriffe ein graues Haar wachsen lasse. Wenn ich die Deutschnationale Volkspartei, die Deutschland ruiniert hat, in die Opposition getrieben habe, so ist das schon eine Tat. Ich brauche die Verantwortung vor der Geschichte nicht zu fürchten. Die Reichsabgabenordnung steht nicht im Widerspruch zur Verfassung. Von einem Ruinhandel mit den Finanzministern der Einzelstaaten ist keine Rede. Wenn von der Reichsfinanzverwaltung Gutes geleistet worden ist, so ist das gegen die Deutschnationale Volkspartei geschehen.

Abg. Kemkes (D. Sp.): Das Gesetz bietet eine klare Uebersicht über die Steuerbestimmungen. Doch haben

wir gegen eine Reihe Bestimmungen erhebliche Bedenken. Der Paragraph über die Längungsverlängerung (§ 3) muß unbedingt geändert werden.

Abg. Schneider-Franken (Zentr.): Das Bedenken wegen des angeblichen Gegenjages der Vorlage zu der Reichsverfassung ist durch den klaren Beschluß der Nationalversammlung in Weimar erledigt.

Abg. Dr. Kagenstein (Sog.): Wir begrüßen den Weg zur Reichseinkommen, der mit diesem Gesetz beschritten wird. Die Verpflichtung der Banken zur Anmeldung ihrer Konten ist notwendig.

Abg. Ludewig (Dem.): Das Gesetz muß so ausgestaltet werden, daß den Schleibern und Dr. Lebergern das Handwerk gelegt wird. Es darf aber nicht Unsicherheit in die Steuergesetzgebung hineingetragen werden.

Abg. Wirth (Zentr.) wendet sich gegen den Abg. Düringer.

Die Kohlennot.

Trübe Aussichten für den Winter.

Obwohl in fast allen Kohlenrevieren eine Steigerung der Förderung zu verzeichnen ist, stellt sich die Lage der Kohlenversorgung nach einem Bericht des Reichskohlenministers noch recht bestrüblich dar. Trotz eilfähriger völliger Einstellung des Personenverkehrs war es der Eisenbahn nicht möglich, eine Entleerung der Halben durchzuführen. Gas-, Elektrizitäts-, Industrie- und Hausbrandversorgung mit Kohlen liegen so im argen, daß für den Winter die Aussichten höchst unerfreulich sind.

Wie bereits erwähnt, haben sich die Förderungsleistungen in allen Kohlenrevieren in den letzten Monaten gehoben. Im Ruhrrevier ist die Förderung auf arbeitstäglich 245 000 Tonnen gestiegen. Das bedeutet gegen das Vorjahr eine Förderung von 60 bis 70 Prozent und gegen die Friedenszeit von 60 Prozent. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Oberschlesien. Auch hier ist ein langsame aber stetige Aufsteigen der Förderung zu verzeichnen. Es werden arbeitstäglich 100 000 Tonnen gefördert. Auch in den Braunkohlenrevieren hat die Förderung und die Bricketzeugung zugenommen. Es werden jetzt 90 Proz. der Produktion der letzten Kriegszeit gefördert. Die Bricketzeugung beträgt heute 80 Prozent des Vorjahres.

Die Erhöhung der Förderzahl wurde ermöglicht durch eine wesentliche Vermehrung der Belegschaften. Im Ruhrrevier hat sich die Belegschaftszahl auf 440 000 Mann gehoben, gegen 450 000 im Herbst vorigen Jahres und 390 000 im Jahre 1913. In Oberschlesien auf 150 000 gegen 160 000 in der letzten Kriegszeit und 124 000 vor dem Krieg. Eine weitere Steigerung der Belegschaften ist abhängig von der Schaffung von Unterkunftsmöglichkeiten für die Arbeiter.

Die Förderung der Kohlen erfährt vom Oktober eine veritable Steigerung, daß die Halbenbestände am 1. November im Ruhrrevier 832 000 Tonnen, in Oberschlesien 703 000 Tonnen betragen. Während der eilfährigen Personenverkehrsperre konnte auch der Abtransport gesteigert werden. Am 15. November waren infolgedessen die Halbenbestände im Ruhrrevier auf 756 000 Tonnen und in Oberschlesien auf 588 000 Tonnen gestiegen. Eine völlige Entleerung der Halben war trotz beträchtlicher Vermehrung der Wagen nicht möglich. Außerdem hat der Schneefall der letzten Wochen den Abtransport wesentlich gestört.

In allererster Linie soll die Eisenbahn versorgt werden. Tatsächlich haben die preussischen Eisenbahnen nur noch für sechs Tage Kohlenbestände. Zumerhin hofft der Reichskohlenkommissar in diesem Winter die Eisenbahn ohne größere Schwierigkeiten beliefern zu können.

Infolge dieser bevorzugten Belieferung der Eisenbahn wird allerdings die Gas-, Elektrizitäts-, Industrie- und Hausbrandversorgung zu leiden haben. Besonders schlimm steht es mit der Belieferung der Gaswerke, die nur noch für einen mehrtägigen Bedarf Vorrat an Kohlen haben. Die Werke können infolgedessen gar nicht daran denken, größere Bestände anzusammeln. Erst in der nächsten Woche werden wieder zwanzig Gaswerke den Betrieb einstellen.

Ähnlich ist die Lage der Elektrizitätswerke. Es ist leider zu befürchten, daß mehrere größere Werke die Industrie nicht mehr mit Elektrizität werden beliefern können. Für das Werk in Düsseldorf besteht erste Gefahr; in der von diesem Werk belieferten Industrie sind 90 000 Arbeiter beschäftigt. Nur in den Werken, die unmittelbar auf der Braunkohle liegen, wie z. B. Golsa bei Bitterfeld, ist die Lage besser.

Am kümmerlichsten ist es mit der Hausbrandversorgung bestellt. Im vergangenen Jahre sind 80 bis 90 v. H. der Vollmenge geliefert worden. In diesem Jahre mußte man das Monatslohn auf 10 v. H. des Vorjahres herabsenken. Von dieser Menge sind tatsächlich bis 30 v. H. geliefert worden. Unter dem Durchschnitt ist der ganze Osten, Ostpreußen, Westpreußen, Teile von Pommern und der Süden des Reiches beliefert worden. Stuttgart z. B. hat nur 40 v. H., Mannheim 33 v. H. erhalten. Die Berechnung:

ein Brisset pro Kopf pro Tag
bei einer Durchschnittsfamilie von 4,8 Köpfen und 36 Zentner pro Jahr ist durchaus richtig. Durch die großen Vergarbeitsverluste haben wir, wie sich jetzt herausstellt, sechs Millionen Tonnen Kohlen verloren, ein Verlust unter dem besonders der Hausbrand zu leiden hat.

In der Industrie können nur die allerwichtigsten Betriebe mit Kohlen versorgt werden, so der Bergbau, Fabriken für Verkehrsmittel, für Düngemittel, Stickstoffe Phosphate usw. Die Steinkohlenversorgung der Industrie beträgt bei genauer Berechnung nur 35 Prozent dessen, was der vorige Sommer ihr noch zuführen konnte. Von 18 000 Hektaren arbeiten nur 1200. Die Ausfuhr ist möglichst eingeschränkt. Der Entente liefern wir nach besten Kräften. Die Einfuhr erstreckt sich nur auf verschwindende Kohlenmengen die wir aus Amerika erhalten.

Zusammentritt des Reichskohlenrates.

Der Reichskohlenrat trat dieser Tage zu seiner ersten Sitzung zusammen. Reichswirtschaftsminister Schmidt eröffnete sie mit einer Ansprache, in der er darauf hinwies, daß hier zum ersten Male eine

störpertum zusammenzuziehen, die berufen ist, einen großen Gewerbebezirk der deutschen Wirtschaft auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage auszugestalten. Zu diesem Zweck seien Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Konsumenten auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes zusammenberufen worden. Zum ersten Vorsitzenden wurde Berggrat & Leine (Dortmund), zum zweiten Vorsitzenden der Gewerkschaftsvorsitzender Imbusch von den christlichen Gewerkschaften, zum ersten Schriftführer der Gewerkschaftsführer Langhorst vom Deutschen Bergarbeiterverband und zum zweiten Schriftführer der Gewerkschaftsführer Silberberg gewählt. Seitens der Arbeiter wurde mit Nachdruck betont, daß die Einführung der Selbstverwaltung im Kohlenbergbau keinesfalls verzögert werden dürfe. In den vorbereiteten Reichswirtschaftsrat wurde von den Arbeitgebern Bergwerksbesitzer Stinnes und Kommerzienrat Schumann, von den Arbeitnehmern Abgeordneter Hue und Imbusch benannt. Der Verordnungs- betr. Einfuhr ausländischer Kohle wurde vom Reichswirtschaftsrat zugestimmt.

* Aus Storkow bei Stargard in Pommern wird gemeldet, daß sich in letzter Nacht zwei Wölfe in der Nähe eines Gutshofes gezeigt haben.

* Wegen Kohlenmangels mußten alle Lemberger Schulen auf unbestimmte Zeit geschlossen werden.

* Der deutsch-österreichische Staatskanzler Dr. Renner hat kürzlich dem Schriftleiter Alois Deutsch vom Wiener Telegraphen-Korrespondenzbureau den schönen Titel „Redaktionsrat“ verliehen.

* Mit gleicher Festigkeit, aber noch nicht gleichem Umfange, wie im Vorjahre, tritt die Grippe in Paris und Umgebung auf.

Volkswirtschaftliches.

• Meidet die Kartoffelernte! Das frühzeitige Eintreten des Winterwetters hat bei dem allgemeinen Rückgang der diesjährigen Erntearbeiten die restlose Einbringung der Hackfrüchtereinte verhindert. Bei eintretendem Tauwetter gilt es, alle Kräfte einzusetzen, um die für die Gesamternte drohende schwere Lage nach Möglichkeit zu mildern und die noch im Boden befindlichen Kartoffeln, Futter- und Futterrüben herauszunehmen. Bei der allgemeinen Knappheit in Nahrungsmitteln darf nichts unversucht bleiben, um die Erntearbeiten, da wo erforderlich, vor Eintritt des Winterfrosts zum Abschluß zu bringen. Wo die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte und die tarifvertraglich oder nach der vorläufigen Landarbeitsordnung vorgesehenen Höchstleistungszeiten nicht ausreichen, werden Überstunden zu machen sein. Die vorläufige Landarbeitsordnung (§ 8) sieht ausdrücklich vor, daß im Notfall Überstunden gegen besondere Vergütung geleistet werden können. Alle Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen bitten der Reichsernährungsminister durch entsprechende Zusammenarbeit darauf hinzuwirken, daß die noch auf dem Felde befindliche Ernte gerettet wird.

• Mehrere Einnahmen bei den Reichseisenbahnen. Nach vorläufiger Feststellung im Reichsverkehrsministerium betragen die Einnahmen der deutschen Hauptstammstrecken sowie der vollspurigen Nebenbahnen mit mehr als 50 Kilometer Betriebslänge im Monat September 1919: im Personenverkehr 173 500 000 M., im Güterverkehr 280 700 000 M., mithin gegen September 1918 mehr: im Personenverkehr 25 600 000 M., im Güterverkehr 49 400 000 M. Bei der Beurteilung der Ergebnisse sind die am 1. April 1919 eingetretenen erheblichen Tarifserhöhungen zu berücksichtigen.

• Berlin, 22. Novbr. (Börse.) Nach der gründlichen Verflüchtigung, die zum Schluß der gestrigen Börse auf die hohen Sätze der Einkommen- und Kapitalertragsteuer eintrat, zeigte der heutige Verkehr eine ruhigere Haltung. Maßgebend hierfür war die merkliche Besserung der deutschen Bourse im Auslande. Kriegsanleihe allerdings sank auch heute wieder bis auf 77,75.

• Berlin, 22. Novbr. (Warenmarkt.) Geradella 75-80, Lupinen 50-55, Infarnatell 200-220 ab Station. Pfeffer loco 91-94 für 50 kg. fr. Wagen, rollend 88-90, Bitterkaffee 320-360, H. Erbsen 300-330, Pferdebohnen 150-170, Gelbschoten 145-170, Wicken 105-140, Flegelstroh 12-13,50, Preßstroh 13-13,50, Maschinenstroh 11,50 bis 12 für 50 kg. ab Verladestation, Häcksel 17,50-18, Bienenhonig 27-28, Feldheu 29-33, Riechen 34-38 für 50 kg. bahnfrei Berlin.



Lokales.

• Pünktliche Abholung von Militärrenten. Empfänger von Militär-Verorgungsgebühren (Pensionsrenten und Hinterbliebenenbezügen) werden an die pünktliche Abholung ihrer Gebührenscheine am kommenden Hauptzahltag — 29. November — erinnert. Für die glatte Abwicklung des Rentenzahlgeschäftes bei den Postanstalten ist die pünktliche Abholung der Beträge unbedingt notwendig. Empfänger, die zur Abholung an Hauptzahltag nicht in der Lage sind, werden dringend ersucht, unter allen Umständen die Beträge spätestens noch im Fälligkeitmonat — Monat Dezember — abzuheben.

Reklame bringt Gewinn!

Nachbarstinder.

Von Necha Joseph.
Es waren 2 Nachbarkinder,
Die hatten sich herzlich lieb,
Ans Freie war nicht zu denken,
Weil alles so teuer blieb.
Sich einen Haushalt zu gründen,
Dazu gehörte heut Mut,
500 Mark Kriegsanleihe,
Das war ihr einziges Gut.

Wer frisch wagt hat halb gewonnen,
So hatte auch er gemeint,
Und seine fünfhundert Mark
Mit ihren Besitz vereint.

Fortuna wird sie beschützen,
Das ist ihr seliger Traum,
Eine Spar-Prämienanleihe
Prangt unter dem Weihnachtsbaum.

Sie schauen sich an mit Blicken,
Und lachen allem Hohn,
Die deutsche Spar-Prämienziehung
Bringt Hochzeit, bringt die Million.

• Die Wahlen. Zum Beigeordneten wurde Herr Carl Wilhelm Bierbrauer, Landwirt, Honiggasse 7 mit 9 Stimmen und einer Stimmenthaltung wiedergewählt. Der Gegenkandidat Herr Lagerhalter Winter erhielt 8 Stimmen. Als Schöffen wurden gewählt: Liste Florreich: Herr Ludwig Florreich, Bauunternehmer, Herr Heinrich Bierbrauer, Landwirt, Herr Wilhelm Beltenbach, Maurermeister, als Ersatzmann Herr Karl Bierbrauer, Schlossermeister. Von der Liste Liebig wurden gewählt: Herr August Liebig, Herr August Roth, als Ersatzmann Herr Christian Volk.

• Aus Leserkreisen schreibt man uns: „Der Kampf um das Rathaus ist beendet. Zu wählen sind noch 2 Kandidaten; dem Frieden dienlich und der Gruppierung der Parteien entsprechend, wäre die gemeinsame Benennung einer Sozialdemokratischen und eines Vertreters der Landwirtschaft. Die Eingemeindungsfrage soll demnächst behandelt werden; sie ist mit größter Vorsicht anzufassen. Die neue Reichsabgabenordnung wird auf die Finanzen der ihrer Haupteinkunftsquelle beraubten Großstädte ungünstig einwirken. Ein großer Teil der Reichsteuern wird durch die Kosten des Verkehrs aufgezehrt und neben dem Preisendruck des Reichs kommen noch die Lasten des Friedensvertrags in Betracht. Wird aber die Großstadt finanziell schwach, was wird dann aus den eingemeindeten Vororten? Noch in vierzehn Tagen wird die Frage der Eingemeindung der Vororte nicht unangenehm gestellt. Eine starke Steuerquelle kann und muß durch Verneuerung der Grundstücke nach gemeinsamem Wert in vernünftigen und erträglichen Ausmaß erschlossen werden. Dem eingemeindeten Vorort nutzt der Ertrag dieser Steuer fast nichts. — Die selbstständige Gemeinde kann viel damit leisten. — Rande an Straßenunterhaltung und Wohnungsfürsorge. Im Rathaus sitzt ein erfahrener tüchtiger Techniker und verteilt Broschüren. Eine berufsmäßige Tätigkeit desselben würde den Gemeindefinanzinteressen besser dienen. — Wirtschaftliche Leistungen, nicht Worte sind nötig. Über die Eingemeindung kann man viel reden, aber einstweilen sollte die Gemeinde im Kreisverband bleiben.“

• Eine Klage wegen Beleidigung hat der verflozene Gemeinderat gegen den früheren Gemeindevorsteher und jetzigen Schöffen August Roth erlassen. In der Gemeindevorsteherwahl vom 20. Oktober d. J. hat dieser unter anderem gesagt: Es scheint, als wenn da nicht alles ganz laden: ein wäre, jedenfalls sollte der seitberige Bürgermeister auf diese Weise gehalten und kein neuer gewählt werden, damit nicht dahinter gesehen werden kann. Da in dieser Sitzung sehr viele Zuhörer anwesend waren, und eine Berichtigung des Vorwurfs nicht erfolgte, soll die Angelegenheit nun die Gerichte beschäftigen.

• Bürgermeisterwahl in der näheren Umgebung. Herr Kleber, der seitberige Bürgermeister in Kloppeinheim wurde einstimmig wiedergewählt. Herr Belg in Naurod und Herr Kleinschmidt in Igstadt wurden auch einstimmig wiedergewählt. In Auringen wurde der frühere Richter Herr Landwirt Karl Umler gewählt.

• Bei Schlacht und wurde gestern bei dem Bäckermeister Fink in der Rathausstraße 1 Sack Weizen und mehrere Pfund Mehl. — Die in einem Geschäft der Langgasse aufgestellten Kartoffeln stammen von der neulich vorgenommenen Revision.

• Ein neuer Roman „Goldfische“ benannt, beginnt in nächster Nummer unserer Zeitung. Schon der Name des Autors (Mariti) bürgt für die Gediegenheit des Inhalts und hoffen wir daher auch mit dieser in Thüringen spielenden Erzählung uns den Dank unserer Leserinnen und Leser zu verdienen.

• Besitzwechsel. Das Hausgrundstück Bierstadter Höhe 1 (Herr Siemens) wurde für 220 000 Mark an einem Herrn Riemann aus Wilmerdorf verkauft.

• Neuer Personenverkehr ab 1. Dezember. Es steht nunmehr fest, daß die von den deutschen Eisenbahndirektionen des besetzten Gebietes bei der interalliierten Feldbahnkommission in Trier eingereichten Vorschläge zur Aufnahme des erweiterten Personenverkehrs vom hohen Rat in Paris genehmigt worden sind. Der Verkehr wird also ab 1. Dezember für den Verkehrsverkehr und vom 7. Dezember für den Sonntagsverkehr auf den einzelnen Strecken des besetzten Gebietes aufgenommen. Das Programm ist mit Rücksicht auf die noch bestehenden großen Schwierigkeiten in der Kohlen- und Kartoffelversorgung zugeschnitten, so daß der Personenverkehr im Verhältnis zu dem früheren Umfang immer noch eingeschränkt ist. Alle Fahrgelegenheiten ab 1. Dez. werden durch Sonderausgangplan auf den Bahnhöfen angeschlagen.

• Schnellzugverbindungen an Werktagen ab 1. Dezember: Köln—Mainz—Frankfurt D 303/350; Mainz—Ludwigshafen D 177/187; Köln—Saarbrücken D 155/166; Metz—Saarbrücken—Ludwigshafen—Frankfurt D 141/142; Saarbrücken—Germersheim D 63/64; Mainz—Worms

D 104.

Wichtige Schnellzugverbindungen an Sonntagen ab 7. Dezember: Köln—Herbestal D 133/134, D 185/186, D 25/26; Köln—Mainz D 169/252; Köln—Saarbrücken D 1/3/166; Mainz—Saarbrücken D 104/103, D 106/105; Metz—Saarbrücken—Wiesbaden D 143/144, D 147/148, letzterer bis Frankfurt a. M.

Fahikarten werden wieder ohne besondere Bescheinigung ausgetauscht, soweit eine Zugüberfüllung nicht zu befürchten ist.

Die in den letzten Tagen verschiedentlich aufgetauchten Gerüchte über Einlegung einer abermaligen großen Sperre im Monat Dezember entbehren jeder Grundlage.

• Falsche Fünfundzwanzigmarkstücke. In der letzten Zeit sind hier mehrfach falsche Fünfundzwanzigmarkstücke angehalten worden. Es scheint deshalb angebracht, hier einmal darauf hinzuweisen, daß das Reichsbankdirektorium Bescheinigungen bis zu 10 000 M. zahlt an diejenigen, die zur Entdeckung von Falschmünzwerkstätten bzw. bei der Ermittlung von Falschmünzern behilflich sind.

• Herzlich willkommen! Ein Leser des „Mainz. Journals“ teilt zum Thema Kartoffelbefeuerung folgendes humorvolle Stücklein mit: Zum Empfang unseres aus der Gefangenschaft heimkehrenden Sohnes hatten wir unsere Wohnung festlich geschmückt. Den Glanzpunkt der Dekoration bildete ein großes, vom Familienoberhaupt eigenhändig gemaltes über dem Eingang zur Wohnung angebrachtes Schild: „Herzlich Willkommen“. Der Zufall wollte es, daß alsbald nach der feierlichen Begrüßung des lieben Heimgekehrten noch ein sehnlichst erwarteter Mann: Der Kartoffellieferant aus der Pals, mit seinen Säcken erschien. Sichtlich gerührt von dem freundlichen Empfang blieb der biedere Bauersmann am Eingang der Wohnung stehen und sagte schallhaft lachend: „Des hun ich aber nit geglaubt, daß ich in der Stadt so estimiert werde deht, mit Blumen um mit dem Spruch „Herzlich Willkommen!“ „Ei wann des überall so wär, so hätt ihr Stadtleit schon längst all eier Kartoffeln. Do gings besser als mit dem viele Schenne uff die befe Bauern!“

• Nassauisches Landestheater. Um auch auswärtigen Theatergästen den Besuch einer Opernvorstellung zu ermöglichen, veranstaltet das Landestheater Sonntag, den 7. Dezember, nachmittags 2 Uhr eine Aufführung des Singspiels „Das Dreimäderlhaus“ mit der Musik nach Schubert v. Fein. Veris. Die Vorstellung wird etwa gegen 5 Uhr zu Ende sein. Es gelten hier mittlere Opernpreise. Der Vorverkauf hat bereits begonnen; die Theaterkasse nimmt auch schriftliche Vorbestellungen entgegen.

• Maßnahmen gegen Kapitalflucht. Es ist zweckmäßig, die Geschäftskreise darauf aufmerksam zu machen, daß sie gut tun, keine Forderungen mehr in Zahlung zu nehmen, weil nach Gesetzvorschrift vom 24. Oktober d. J. die Einlösung derselben an bestimmte Bedingungen geknüpft ist. Die Einlieferung offener Depots kann auch noch nach dem 1. Dezember erfolgen; nur nicht am 1. 2. u. 3. Dezember, da es wegen Arbeitsaufhebung an diesen Tagen nicht möglich ist.

Bekanntmachungen.

1. Die französischen und alliierten Militärpersonen sind nicht verpflichtet, Anzeige über Miete von Immobilien zu erstatten, auch sind sie frei aller Requisitionen seitens der deutschen Behörden. Im Standpunkt der Wohnungsverhältnisse unterliegen sie nur der Militär-Orts-Wohnungskommission.

2. Die Beschlüsse der Wohnungskämter betr. die Einwohnerchaft, sowie die französischen und alliierten Zivilisten sind nur nach Genehmigung durch den Ortskommandant durchführbar.

Wiesbaden, den 28. Novembre 1919.

Le Commandant de Juvigny

Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden (Campagne).
(L. S.) signé: de Juvigny

Auf Befehl des Oberbefehlshabers der Armée Française du Rhin, ist die Einfuhr der

„Preussischen Schutzmannszeitung“

im Bereiche der Armee bis 17. Dezember d. J. verboten.

Wiesbaden, den 27. November 1919.

Le Commandant de Juvigny
Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden (Campagne).
(L. S.) signé: de Juvigny

Einladung

zu einer Sitzung der Gemeindevertretung.

Zu der von mir auf Donnerstag, den 4. Dezbr. d. J. nachm. 7 Uhr hier selbst im Rathaus aberaumten Sitzung der Gemeindevertretung lade ich die Mitglieder der Gemeindevertretung und des Gemeinderats ein, und zwar die Mitglieder der Gemeindevertretung mit dem Hinweis darauf, daß die Nichtanwesenden sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung.

1. Beschlussfassung über die weitere Bewertung des Gemeindegrundstücks Distrikt Heiligenstock neben der neuen Schule.

2. Betr. den Verkauf der Gemeindegrundstückspartelle Distrikt Schlag Kartenblatt 65, Partelle Nr. 97/91 groß 79 qm.

3. Genehmigung der vom Erwerbslosenfürsorgeausschuß vorgelegten abgeänderten Satzungen für die Erwerbsfürsorge.

4. Antrag der Gemeindebeamten und Bediensteten um Bewilligung einer einmaligen Beschaffungsbeihilfe nach den staatlichen Sätzen.

5. Zustimmung zu dem bei dem Miereinigungsamt in Wiesbaden zwischen der Gemeinde Bierstadt und a) dem Ludwig Brühl hier und b) der Frau Minna Jeup hier geschlossenen Zwangsvermietungsabkommen.

6. Verfügung des Miereinigungsamtes in Wiesbaden be-

zogl. evtl. Ergänzung der Beiführer zum Mieteinigungsamt, sowie Gewährung von Vergütungen an die Mitglieder der örtlichen Wohnungskommissionen.

7. Wahl eines Mitgliedes der Gemeindeförperschaften in den Ortsausschuss für Jugendpflege.

8. Betr. Verfügung der Regierung in Wiesbaden vom 7. November 1919 wegen Erhöhung der Amtszulage an den Schuldirektor hier und Beschlussfassung hierüber.

9. Besuch des Gg. Brandstetter hier um Ermäßigung seines Grassieggeldes.

10. Bekanntgabe eines Schreibens des Magistrats Wiesbaden wegen Belassung des schwebenden Steuerfreitverfahrens.

11. Betr. Antrag wegen Erhebung der Grundsteuer nach den gemeinen Wert vom Jahr 1920 ab.

Bierstadt den 29. November.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Auch in diesem Jahre erhält jeder bei einer Postkarten-Aufnahme das beliebte

Geschenkbild

für den Weihnachtstisch gratis.

6 Passbilder 1.50 Mk.

Durchgehende Geschäftszeit. Sonntags von 10—2 Uhr.

Photographie E. Schmidt

Wiesbaden

Michelsberg 1.

Künstliche

Beine
Arme

Orthopädische
Apparate
und
Korsetts

aller Systeme,
gegen Rückgrat-
verkrümmung.

Garantie für
guten Sitz.

Illustrierte
Preisliste auf
Wunsch.

Jac. Reining

Spezialist für künstliche Glieder.

Mainz, Brand 21.



Möbel-

Ankauf

Kaufe stets Möbel aller Art, sowie einzelne Möbelstücke, ganze Einrichtungen Klaviere usw.

Gest. Offerten sind zu Adolf Meffer, Hellmündstraße 53, Btr. 1.

Bis 30 Mk. u. mehr tagl. Verdienst. Gewerch od. Nebenverw. Prospekt Nr. 1560 gratis. P. Wagenknecht, Verlag, Leipzig.

— Monatfrau — für einige Stunden verm. mittags gesucht. Bierstädter Höhe 23.

Eine Stundenfrau gesucht. Rades Taunusstraße 9, part.

Mehrere moderne Samthüte zu verkaufen Bierstadt, Wiesbadenerstraße 41. I. I.

Gelberüben

3tr. 20 Mk. von 10 Pfd. ab. 22 Pfd. W. Braun, Dintergasse Nr. 12.

Reiner Mittelschnitt-Rauchtabak

100 Gramm = 4 Mk. empfiehlt

Drogerie Arthur Lehmann

Wiesbadenerstraße 4

Telefon 3267.

Das schönste Weihnachtsgeheim

für jede praktische Hausfrau ist

Rehmann's
Reform-
Küchentisch

Absenvertreter

Schellenberg's
Küchenmöbelhaus
Wiesbaden,

48 Friedrichstraße 48.

Ständige Ausstellung
completter Kücheneinrichtungen.

Felle

Hasen, Füchse, Marder
und Iltis kauft

D. Brandis,

— Kürschner —

Wiesbaden,

Langgasse 39, 1. Etg.

Telephon 2024.

Zur Weihnachtsbäckerei

empfehle:

Mandeleffenz, Keksen, Nuss, Zimmt, Gewürz-
effenz

- Vanillezucker -

à Paket 25 Pfg.

Corinthen, gezuck. Milch, Pirschnhorstsalz

DROGERIE LEHMANN

Wiesbadenerstr. 4 — Fernspr 3267.

Schulranzen : Schulranzen

Grösste Auswahl

Billigste Preise

offert als Spezialität

A. LETSCHERT

Wiesbaden, Faulbrunnenstr. 10.

Reparaturen

Grammophone, Sprechapparate sowie Platten

Die neuesten Stücke und Lieder, wie: Schwarzwaldmädel, Faschingsfee, Czardasfürstin und der Soldat der Marie in reichster Auswahl am Lager.

Reparaturen werden fachgemäß ausgeführt.

Tragott Klauß, Grammophon-Handlung,
Wiesbaden Bleichstraße 15 Telephon 4806.

Kuhl's Zahn-Atelier

Wiesbaden

Schwalbacher Str. 52, Ecke Wellritzstr.

Sprechstunden:

Von 9—6 Uhr, Sonntags von 9—11 Uhr.

Auf vorherige Anmeldung werden Patienten auch ausser der Sprechstunde behandelt.

Spezialität:

f. Gänzlich schmerzloses Zahnziehen.

Gaumenloser, naturgetreuer Zahnersatz
und kaum unterscheidende Plomben,

Schonendste Behandlung zugesichert.

Mässige Preise.

Photographie

Skizzen
Familienbilder
Vereinsgruppen

Kinderaufnahmen

Aufnahmen im eigenen Heim

Landschafts- und Architektur-Aufnahmen

liefert in tadelloser Ausführung

Karl Engel

Photograph Wiesbad., Blücherstr. 8, Gth. Pt.

In allen Größen

vorrätig Schüler- und Leibhosen, Ulster, gestreifte Hosen, einzelne Westen, Damen-Röcke, schwarz, blau und farbig, sowie Anzug- und Mantelstoffe gibt billi st ab

Jean Stiep, Wiesbaden, Faulbrunnenstr. 9

Rauchtabak

Grob- und Feinschnitt, rein überseeische gut brennende Qualität

Tabak- und Zigarrengeschäft Vogl,

Wiesbaden Hellmündstraße 34.

- Zigarren -

erstklassige, überseeische Marken, auch in Kistchen zu 25, 50 und 100 Stück

Tabak- und Zigarrengeschäft Vogl,

Wiesbaden Hellmündstraße 34.

Frisch eingetroffen!

Ein großer Posten

Herren-Winterjoppen, Ilreihig Mk. 56.—

„ „ m. Falt „ 59.—

„ Joppen-Anzüge, Strapsenware „ 88.—

Damen-Kostüme aus schwarzem Tuch Mk. 158.—, 193.—

Damen-Röcke Mk. 31.50, 40.—, 72.50

Ausserdem grosse Auswahl

Damen-Regenmäntel i. Gummi, Seide u. Loden

Herren-Ulster u. -Paletots, in modernen Stoffarten, Gummi und Loden.

Sacco-Anzüge und einzelne Hosen.

Bruno Wandt

Wiesbaden

Kirchgasse 56.

Trauerhüte

rauerschleier
rauerflore

grösste Auswahl billigste Preise

Modehaus Uilmann

Wiesbaden, Kirchgasse 21 Telephon 2972.

D. Brandis

Kürschner
und Pelzwaren

Wiesbaden, Langgasse 39 I
Fernsprecher Nr. 2024

Annahme von Neuanfertigungen, Umarbeitungen und Reparaturen.

D. Brandis

Pelleterie et fourrures

Roue Longue 39, I.

Wiesbaden

Théléphone No. 2024.

On travail à neuf, changements et réparations.

Beleuchtungskörper

modern, große Auswahl, billigste Preise.

Flack, Wiesbaden, 25 Luisenstraße 25

— gegenüber dem Realgymnasium —

Rußb. u. eichen Schlafzimmer

besser Wohnzimmer, Kücheneinrichtung, Sekretär, Schreibt., Sofa, Wasch- und Nachtschiff, Wascht., Trümpf, Betten, Matratzen, Deckb., Kissen, mußb. u. eichen Stühle, Schränke gut erhalten zu verkaufen.

Schreinerei

Karl Graubner, Wiesbaden,

Adlerstraße 3, Am Kais.-Friedrich-Bad

Kanin-,

Ziegen-, Marder-, Iltis-

sowie alle anderen Felle und Häute kauft zu höchsten Tagespreisen

Tier-Ausstopperei Ed. W. Bechtold

Zanggasse 36 — Mainz — Zanggasse 36.

Schreibmaschinenlager

H. Gänzburg, Mainz, Hindenburgstr. 19. Tel. 915.

Ankauf gebrauchter und neuer Maschinen.

Weihnachtsbaumkerzen

und Konfekt-Baumbehang sowie künstlerisch plastisch ausgeführte

Neu Seepfunde in Glühbirnen Neu

als praktische Geschenke empfiehlt

Drogerie Arthur Lehmann, Bierstadt,

Wiesbadenerstraße 4

Telephon 3267.